

Referat anlässlich der Medienkonferenz zur Vorstellung des Berichts zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt und die Sozialleistungen / Bern, 4. Juli 2023

«Freizügigkeit mit der EU bringt Prosperität, Wohlstand und Lebensqualität»

Roland A. Müller, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes

Es gilt das gesprochene Wort

Seit der Aufhebung der wichtigsten Corona-Schutzmassnahmen hat der Fachkräftemangel in der Schweiz ein historisches Ausmass angenommen. Er ist die Konsequenz der demografischen Entwicklung und des hohen Stellenwachstums. Es überrascht deshalb wenig, dass im Jahr 2022 die Nachfrage nach Arbeitskräften aus der EU und aus Efta-Staaten höher lag als in den Jahren zuvor. Und auch zukünftig ist trotz abkühlender Konjunktur nicht mit einer Entschärfung des Arbeitskräfteengpasses zu rechnen. Um diesem Engpass entgegenzuwirken, gibt es drei Optionen: eine bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, eine Rekrutierung aus dem Ausland oder die Stellenkompensation durch Automatisierung und Digitalisierung.

Der 19. Observatoriumsbericht des Seco blickt zurück auf die Jahre seit Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens im Jahr 2002. Dabei zeigen die Fakten einmal mehr den hohen Stellenwert der europäischen Zuwanderung für die Schweizer Wirtschaft. Aber lassen Sie mich diese Erkenntnisse im Detail ausführen.

Hochwertige Arbeitsplätze und Wohlstand dank austariertem Zuwanderungsregime

In den über 20 Jahren seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit (PFZ) wuchs das BIP pro Kopf um insgesamt fast 20 Prozent. Die dadurch erzielten Produktivitätsgewinne bilden sich in substanziiell höheren Löhnen ab. So kam es in all diesen Jahren zu einem durchschnittlichen jährlichen Reallohnwachstum von 0,5 Prozent. Verantwortlich für das hohe Wirtschaftswachstum war dabei der offene und liberale Arbeitsmarkt. So wuchs die Arbeitsmarkteteiligung zwischen 2002 und 2022 um durchschnittlich 1,1 Prozent pro Jahr. Zur Besetzung der zusätzlichen Stellen trugen dabei zu 65 Prozent ausländische und zu 35 Prozent schweizerische Staatsangehörige bei. Der verhältnismässig tiefe Anteil von Schweizer Staatsangehörigen ist zum einen auf die demografische Entwicklung und zum anderen auf die ungenügende Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zurückzuführen wie beispielsweise bei den Müttern.

Positiv anzumerken ist, dass die Erwerbstätigenquote von Frauen in den letzten 20 Jahren um fast 6 Prozentpunkte anstieg, wobei noch zu viele davon in tiefen Teilzeitpensen arbeiten. Wesentlicher Treiber beim Anstieg der Erwerbsbeteiligung ausländischer Staatsangehöriger war die stark arbeitsmarktorientierte und fein auf den Schweizer Arbeitsmarkt abgestimmte Zuwanderung aus der EU und aus Efta-Staaten. So weisen sowohl Frauen als auch Männer aus diesen Staaten eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich hohe Erwerbsquote auf.

Wirklich spürbar ist der Nutzen einer prosperierenden Wirtschaft für den Einzelnen hauptsächlich beim Lohn. Dabei zeigt der Blick auf die längerfristige Lohnentwicklung insgesamt ein äusserst positives Bild: Nicht nur stiegen die Reallöhne in all den Jahren substanziiell an, sondern konnten sowohl ein Zurückfallen des Lohnwachstums bei den niedrigen Einkommen als auch eine Öffnung der Lohnschere weitestgehend vermieden werden. Ganz im Gegenteil lag der Anteil an Personen im Tieflohnbereich 2022 sogar tiefer als noch 2002.

Die Höhe von Erwerbs- und Arbeitslosigkeit ist konjunkturell getrieben, was nicht überrascht. Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass die Einführung der PFZ zu keinem steigenden Trend der beiden Grössen führte. Dies ist ein starkes Indiz dafür, dass Personen aus EU- und aus Efta-Staaten nur dann in der

Schweiz ansässig werden, wenn damit auch eine Stellenbesetzung einhergeht. Auch dies ist kein neuer Befund, ganz im Gegenteil: Daran hat sich seit Bestehen der PFZ im Jahr 2002 kaum etwas geändert. Aufschlussreich zeigt sich der starke Arbeitsmarktbezug der Zuwanderung aus der EU und aus Efta-Ländern etwa durch die negative Korrelation zwischen der Quote von Stellensuchenden und der Zahl von Einwandernden aus EU-/Efta-Staaten. Oder einfacher ausgedrückt: Die Anzahl der Zuwanderer aus EU-/Efta-Ländern war jeweils dann besonders ausgeprägt, wenn die Quote der Stellensuchenden tief und die Arbeitskräftenachfrage hoch waren – und umgekehrt.

Durch die PFZ ist die Schweiz in der äusserst komfortablen Situation, dass Betriebe aus einem Pool von ausländischen Arbeitskräften feinjustiert jene Personen rekrutieren können, deren Zahl oder Qualifikationen im Inland nicht oder nur ungenügend verfügbar sind. In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten passen sich auch die Zuwanderungszahlen nach unten an.

Zuwanderung als Schmiermittel beim wirtschaftlichen Strukturwandel

In den letzten 20 Jahren vollzog sich im Schweizer Arbeitsmarkt ein bedeutender Strukturwandel hin zu Arbeitsplätzen mit hochqualifizierten Tätigkeiten und entsprechend hoher Wertschöpfung. Diese Entwicklung wäre allein mit inländischen Arbeitskräften kaum möglich gewesen. Herrschte doch während vieler Jahre insbesondere ein Mangel an hochqualifiziertem Personal. Jedoch fehlt es wegen des stetig ansteigenden Ausbildungsniveaus der einheimischen Bevölkerung immer mehr auch an Arbeitskräften mit niedrigen und mittleren Qualifikationsprofilen. Auch bei der Besetzung dieser Stellen kommt der Zuwanderung mit der PFZ ein wichtiger Stellenwert zu.

Diese Erkenntnisse zeigen, dass der Strukturwandel der Schweizer Wirtschaft hin zu Tätigkeiten mit höherer Wertschöpfung ohne Zuwanderung kaum oder nur in einem sehr viel geringeren Ausmass möglich gewesen wäre. Und der Strukturwandel der Wirtschaft bewährt sich, etwa indem als Folge der breiten Diversifizierung an Branchen und Tätigkeiten die Widerstandskraft gegen wirtschaftliche Einbrüche erhöht wird.

Wettbewerb um Arbeitskräfte intensiviert sich weltweit

Zur sich abzeichnenden Arbeitskräftelücke in der Schweizer Wirtschaft herrscht weitestgehender Konsens, höchstens die Grössenordnung variiert je nach getroffenen Modellannahmen. So zeigen die Szenarien zur demografischen Entwicklung des BFS klar, dass ein zukünftiges Wachstum der Erwerbsbevölkerung noch stärker als bisher von der Zuwanderung abhängig sein wird. Da sich zudem auch die EU-/Efta-Staaten mit rückläufigen Zahlen von Personen im erwerbsfähigen Alter konfrontiert sehen, dürfte die Rekrutierung von Personal in diesen Ländern zunehmend schwieriger werden. So zeigen die Bevölkerungszahlen der beiden Nachbarländer Deutschland und Italien, dass diese nur dank der Zuwanderung das negative natürliche Bevölkerungswachstum kompensieren können. In Ländern wie Portugal, Ungarn oder Rumänien entwickelt sich die Bevölkerungszahl bereits heute rückläufig. In die Hände dürfte der Schweiz bei der Rekrutierung im Ausland auch zukünftig spielen, dass sie dank ihrer hohen Standortattraktivität für potenzielle ausländische Arbeitskräfte nach wie vor attraktiv ist.

Nur der Erhalt der PFZ trägt zur zukünftigen Sicherung des Wohlstands bei

Längst ist bekannt, dass die Verfügbarkeit von Arbeitskräften insgesamt und Fachkräften im Besonderen der mit Abstand wichtigste Standortfaktor ist, um Unternehmen anzuziehen und sie vom Bleiben zu überzeugen. Wichtig dabei sind insbesondere auch hochqualifizierte Arbeitskräfte. Genau diese Verfügbarkeit führte in den vergangenen Jahren auch zur Ansiedlung vieler renommierter Firmen in der Schweiz.

Von den so generierten – und sehr oft hochstehenden – Arbeitsplätzen profitieren aber nicht nur zugewanderte Beschäftigte, sondern in noch grösserem Umfang die hier ansässige Bevölkerung. Sie profitiert einerseits von einem hohen Wohlstand in Form hoher Löhne und einer hohen Lebensqualität und andererseits durch den Aufbau hochkarätiger Stellen. So können sie ihre im Vergleich zu 2002 durchschnittlich besseren Qualifikationen im Arbeitsmarkt einbringen.

Seit Inkrafttreten der PFZ im 2002 wird dieses in regelmässigen Abständen von zuwanderungskritischen Kreisen in Frage gestellt. Neustes Beispiel ist die Nachhaltigkeitsinitiative der Schweizerischen Volkspartei. Die Antwort auf die Frage, wie die grosse Lücke an Arbeitskräften zukünftig ohne PFZ gedeckt

werden soll, bleibt sie jedoch gänzlich schuldig. So verweigert sie sich denn auch grösstenteils den Massnahmen zur besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials.

Seit nunmehr 20 Jahren wird die PFZ mit seinen Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen jährlich so akribisch unter die Lupe genommen, wie kaum sonst ein Abkommen. Die Faktenlage ist dabei erdrückend und die Ergebnisse lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen: Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU bringt der Schweiz Prosperität, Wohlstand und Lebensqualität. Diese Tatsache kann den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern dieses Landes nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden.

WEITERE AUSKÜNFTE

Roland A. Müller

Direktor

Tel. +41 79 220 52 29, roland.mueller@arbeitgeber.ch

Simon Wey

Chefökonom

Tel. +41 79 171 73 17, wey@arbeitgeber.ch

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit rund 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik. Geführt wird der Verband von Direktor Roland A. Müller, präsidiert von Severin Moser.